

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU
--------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Tobias Scholz	
Herr Markus Wiener	pro Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
------------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
------------------	---------------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass die Vertreter der KVB um Verschiebung der sie betreffenden Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 gebeten haben und weist auf eine mail der KVB hin, die allen Mitgliedern des ASS weitergeleitet worden sei.

Da sich Frau Stock auf einer Dienstreise befindet, werde sie erst in der nächsten Sozialausschusssitzung zusammen mit Herrn Wagner zum Integrationspoint Auskunft geben können.

Im nichtöffentlichen Teil habe die Verwaltung den TOP 18.1 zurückgezogen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold , teilt mit , dass aus den Reihen der Sprecherkolleginnen der Wunsch geäußert worden sei, die Tagesordnungspunkte 4.3, 4.4 und 4.8 ohne Votum in die weitere Beratungsfolge zu verschieben.

Frau Hoyer meldet für TOP 4.4 größeren Beratungsbedarf an. Sie bittet darum, dass der TOP 4.4 in die nächste Sozialausschusssitzung verschoben werde.

Frau Heuser bittet darum, den TOP 4.4 lediglich in die Beratungsfolge zu schieben.

Frau Hoyer besteht für TOP 4.4 auf Beratungsbedarf ihrer Fraktion. Sie bittet darum, dass der TOP 4.4 in die nächste Sozialausschusssitzung verschoben werde. Sie möchte, dass sich die FDP zu diesem Punkt im Sozialausschuss positioniere.

Der Vorsitzende Herr Paetzold empfindet es auch nicht gut, wenn zentrale Punkte des Sozialausschusses ohne ein Votum weiter geschoben werden. Wegen der Dringlichkeit sei es oft leider nicht anders möglich. Er schlägt dem ASS vor, der guten Gewohnheit des Ausschusses zu folgen, und der Bitte von Frau Hoyer zu entsprechen.

Herr Detjen würde dem Vorschlag von Frau Hoyer folgen.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass zu diesem TOP eine Presseaktivität angelaufen sei. Die Verwaltung stehe hier massiv unter Druck. Er verstehe die Vorgehensweise der Politik, bittet jedoch um ein beschleunigtes Verfahren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Vorlage TOP 4.4 am 14.10.2016 schlussgezeichnet wurde. Dies war unmittelbar vor den Ratsferien. Da einige Ratsmitglieder zu diesem Zeitpunkt in Urlaub fahren, entstehe dann ein Zeitdruck, den die Politik nicht zu verantworten habe. Wenn die Verwaltung möchte, dass unmittelbar nach den Ratsferien Vorlagen beschlossen werden sollen, dann muss die Verwaltung diese Vorlagen früher schlusszeichnen. Es sei eine Frage der politischen Kultur, dass den ehrenamtlichen Politikern ausreichend Zeit zur Meinungsbildung gegeben werde.

Herr Ludwig merkt an, dass der TOP 4.8 der Umweltausschuss noch mit in die Beratungsfolge aufgenommen werde und es werde eine zusätzliche Anlage, durch weitere Hinweise der Bezirksvertretungen, erstellt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob einvernehmen besteht, den TOP 4.4 in die nächste Sozialausschusssitzung zu verschieben, den TOP 4.3 und den TOP 4.8 ohne Votum in die Beratungsfolge zu verschieben. Er stellt fest, dass darüber Einvernehmen besteht.

Er schlägt vor den TOP 7.2 und den TOP 7.4 in die nächste Sozialausschusssitzung zu verschieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung über die geänderte Tagesordnung auf.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist noch auf folgende Tischvorlagen hin: TOP 7.1.1, TOP 9.1.4, TOP 9.2, TOP 12.8.

Er fragt, was aus der Beschlussvorlage „Barrierefreie Erschließung der Domplatte“ geworden sei, die in den letzten Sozialausschusssitzungen immer auf der Tagesordnung stand und jetzt plötzlich nicht mehr dort zu finden sei.

Herr Dr. Bell antwortet, dass noch ein Termin mit Monsignore Kleine gefunden werden müsse. Dies stelle sich als außerordentlich schwierig dar. Es müsse jedoch Einvernehmen mit dem Domforum hergestellt werden. Da dieser Prozess zeitlich unbestimmt sei, habe die Verwaltung diese Vorlage vorläufig zurückgezogen. Die Verwaltung arbeite jedoch weiter an einer Lösung und werde den Sozialausschuss über den weiteren Fortgang in Kenntnis setzen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.1 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/0456/2016
 - 2.2 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/0514/2016
- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 3.1 Sanierung Brücken;
Beschlussempfehlung TOP 8.4 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.03.2016
1752/2016
 - 3.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
3348/2016
- 4 Ausschussempfehlungen an den Rat**
 - 4.1 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln hier: Urbacher Weg, 51145 Köln
0305/2016
 - 4.2 Erhöhung der Mobilitätshilfe
2466/2016
 - 4.3 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016
 - 4.4 Wohnungsbauoffensive
2698/2016

- 4.5 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler)
2352/2016
- 4.6 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
2395/2016
- 4.7 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen - für eine Ausweitung der Fachberatung im Bereich sexualisierte Gewalt; Haushaltsjahr 2017
2711/2016
- 4.8 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss
3114/2016
- 4.9 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2016
3283/2016
- 5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 7 Wohnen**
- 7.1 Anfragen und Beantwortungen
- 7.1.1 Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Köln, Bericht „Wohnen in Köln“ von Oktober 2016
AN/1682/2016
- 7.2 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2015, Ausblick 2016
3384/2016
- 7.3 Sanierungs- und Umbauprogramm für die städtischen Sozialhäuser
3096/2016
- 7.4 Pegel Köln 3/2016
Wohnungsbau in Köln 2015
Neuer Höchststand im Neubau - Noch nie so viele Eigentumswohnungen
3162/2016

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug, TOP 8.1.1 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/0967/2016

8.1.1.1 Schriftliche Anfrage AN/0967/2016 der Fraktion der Partei DIE LINKE vom 31.05.2016 zum Thema Anrechnung von Einkommen aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 06.09.2016

Beantwortung der schriftlichen Anfrage zu TOP 8.1.1 der Fraktion der Partei DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 06.09.2016
3142/2016

8.1.2 Gewährung der Mietkaution als Darlehen im ALG II-Bezug, TOP 7.1.3 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1359/2016

8.1.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN 1359/2016
3133/2016

8.1.3 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung
3178/2016

8.2 Bericht des Jobcenter Köln
3215/2016

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Beantwortung einer mündliche Nachfrage von Frau Hollmann zum Thema Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.09.2016 (TOP 8.2)
3134/2016

9.1.2 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften, TOP 9.1.5 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1383/2016

9.1.2.1 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften
2938/2016

- 9.1.3 Anfrage zur Unterbringung von Geflüchteten in Leichtbauhallen –
AN/1338/2016
3184/2016
- 9.1.4 Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge
AN/1686/2016
- 9.2 10. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
3455/2016
- 9.3 Verlängerung der Nutzungsdauer für die Standorte Langenbergstraße, Hack-
hauser Weg und Ottostraße
3345/2016

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG, TOP 10.1 auf der ASS Sitzung
vom 01.09.2016
hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des
OLG Schleswig
1670/2016
- 10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG, TOP 10.2 auf der ASS Sitzung
vom 01.09.2016
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in
der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB
AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016
- 10.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt
für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtar-
beitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016
- 10.4 Bericht des Behindertenbeauftragten 05/2016
3362/2016

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 11.1.1 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung, TOP
11.1.5 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1290/2016

- 11.1.1.1 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung
Beantwortung der Anfrage AN/1290/2016 der Fraktion Die Linke vom
29.07.2016
2888/2016
- 11.1.2 Gründung einer Metropolregion, TOP 11.2.3 auf der ASS Sitzung vom
01.09.2016
Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der
Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 14.04.2016 - AN/0660/2016
2877/2016
- 11.1.3 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geän-
dert? TOP 11.1.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/0653/2016
- 11.1.3.1 Beantwortung einer Anfrag der Gruppe Piraten betreffend "Abschie-
bung in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert"
1448/2016
- 11.1.4 Fließen Expertisen der Kölner Hochschulen in die Planungen zur Kölner
Flüchtlingsaufnahme und zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein? TOP 11.2.2
auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1357/2016
- 11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen
- 11.2.1 Barrierefreie Kunst und Kultur in Köln
Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsord-
nung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Ausschusses Kunst und Kul-
tur am 19.04.2016
3343/2016
- 11.2.2 Beratungsangebot „Präventive Hausbesuche“ stärken!
AN/1663/2016
- 11.3 Mündliche Anfragen
- 12 Mitteilungen**
- 12.1 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas,
Schulen und Lehrer*innenbildung Köln", TOP 12.8 auf der ASS Sitzung vom
01.09.2016
2769/2016
- 12.2 Pegel 2/2016
Das Wachstum hält an - Neue Höchststände durch Zuwanderung
2846/2016

- 12.3 10. Kölner Marktplatz für gesellschaftliches Engagement
3060/2016
- 12.4 Aktionsplan LSBTI
3350/2016
- 12.5 Sachstandsmitteilung zu den Projekten des Europäischen Sozialfonds „Weiterentwicklung Willkommen in Köln,“ und „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 2017
3141/2016
- 12.6 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2015
3051/2016
- 12.7 Angebote der Winterhilfe in 2016/2017 für wohnungslose Menschen
3397/2016
- 12.8 Beabsichtigte Übertragung von Aufgaben nach dem Bildungs- und Teilhabepaket vom Jobcenter auf das Amt für Soziales und Senioren
3388/2016

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.1 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016 AN/0456/2016

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

2.2 Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln, TOP 2.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016 AN/0514/2016

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Sanierung Brücken; Beschlussempfehlung TOP 8.4 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.03.2016 1752/2016

Herr Ladenberger teilt mit, dass die Verwaltung einer weiteren Überprüfung der Optimierung der Barrierefreiheit, mit dem Ziel der maximalen Verkehrssicherheit aller Teilnehmer/innen, zugesagt habe.

Herr Dr. Schulz äußert seine Bedenken, dass nicht klar ersichtlich werde, ob eine Optimierung der Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer oder behinderte Menschen erreicht werden soll.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wie die genannte Optimierung genau umgesetzt werden soll.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt den Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Grundsatz zu folgen und beauftragt somit die Verwaltung mit der Überarbeitung der Planung „Sanierung Brücken – hier: Mülheimer Brücke“ und der Optimierung der Barrierefreiheit mit dem Ziel einer maximalen Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer/innen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt den Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Grundsatz zu folgen und beauftragt somit die Verwaltung mit der Überarbeitung der Planung „Sanierung Brücken – hier: Mülheimer Brücke“ und der Optimierung der Barrierefreiheit mit dem Ziel einer maximalen Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer.

Es ist zu prüfen, wie durch ein Leitsystem eine sichere taktile und kontrastreiche Führung von Menschen mit Sehbehinderung gewährleistet wird, und ob gleichzeitig durch Einrichtung von gemeinsamen Geh- und Radwegen diese in beiden Richtungen von Radfahrern genutzt werden können.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt mit den Behindertenverbänden abzustimmen, ob beispielsweise ein taktiler und kontrastreicher Leitstreifen (zum Beispiel Markierung) entlang des Brückengeländers aufgebracht werden könnte, so dass zumindest eine Zonierung für die Nutzer der Brücke entstehen würde.

Die Lösungsvorschläge sind den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**3.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
3348/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2016 Mittel für Antirassismus-Training 2016 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training veranschlagt, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat in seinen Sitzungen am 09.06.2016 und 01.09.2016 beschlossen, aus diesen Mitteln Projekte mit insgesamt 8.400 € zu fördern.

Aus den verbleibenden Mitteln in Höhe von 41.600 € werden in einem dritten Schritt Mittel für eine weitere Maßnahme im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2016 in Höhe von 1.600 € gemäß Anlage 1 – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 – vergeben.

Die voraussichtlich verbleibenden Mittel in Höhe von 40.000 € werden in weiteren Schritten möglichst nach Genehmigung des Haushaltes 2016/2017 vergeben.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

**4.1 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln hier: Urbacher Weg, 51145 Köln
0305/2016**

Frau Hoyer fragt, ob die Kostenerhöhung dieser Vorlage mit in der allgemeinen Kostenerhöhung von 35 Mio. Euro enthalten sei.

Herr Dr. Rau antwortet, dass es sich bei den 35 Mio. Euro um konsumtive Kosten handeln würde. Bei den angegebenen Kosten handele es sich um investive Kosten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise mit einer Betriebsdauer von fünf Jahren erbauten Objektes Urbacher Weg, 51145 Köln, in Höhe von insgesamt 1.753.000 € zur Kenntnis.

Zur Finanzierung der Mehrkosten wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 09 - Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 5620-1004-7-5169 - Urbacher Weg, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.592.032 € veranschlagt. Für die Deckung der restlichen Mittel in Höhe von 160.968 € stehen im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999 - Flüchtlings-WH, zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5169 - Urbacher Weg, bereitgestellt.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung in Höhe von 51.129 € sind im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilergebnisplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14 - Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.2 Erhöhung der Mobilitätshilfe 2466/2016

Herr Scheffer begrüßt die Anhebung der Mobilitätshilfe. Er kritisiert jedoch, dass dem Vorschlag der Stadt AG „Behindertenpolitik“ nicht gefolgt wurde, die Mobilitätshilfe auf weitere Personenkreise auszuweiten.

Herr Santelmann teilt mit, dass die Verwaltung sich noch in einem Abstimmungsprozess befinden würde und den Sozialausschuss über den weiteren Fortgang informieren werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Mobilitätshilfe, eine Leistung gemäß §§ 53, 54 SGB XII für Menschen mit Behinderungen und einem aG im Schwerbehindertenausweis, mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016/2017 wie folgt zu erhöhen:

- Anhebung der monatlichen Pauschale von 30 € auf 35 €
- Anhebung des monatlichen Budgets für Taxifahrten von 150 € auf 200 €
- Anhebung des monatlichen Budgets für Spezialfahrzeuge von 200 € auf 250 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.3 2020: Köln l(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept 3068/2016

Frau Hollmann und Frau Schmerbach fragen, ob das Diversity Konzept in den Prozess der Verwaltungsreform eingebunden werde.

Herr Dr. Rau antwortet, dass die Verwaltungsreform ein sehr großer und lang angelegter Prozess sei. Die konkreten Strukturen, die sich aus diesem Reformprozess ergeben, werden zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bearbeitet. Erst wenn sich die Verwaltung mit den Strukturen beschäftigen werde das Diversity Konzept eingebunden.

Frau Rehberg ergänzt, dass Herr Dr. Heinz (Referat für strategische Steuerung) am Diversity Arbeitskreis teilnehmen werde.

Herr Klausung teilt mit, dass Diversity eine Handlungsfrage sei. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, dass das Diversity-Konzept in die Verwaltungsreform eingebunden werden solle.

Frau Schmerbach fehlen in dem vorgelegten Diversity-Konzept die konkreten Handlungsfelder, vor allem für Menschen mit Handicap.

Frau Heuser fragt, ob es möglich sei, eine Datenerhebung für eine Ist-Analyse durchzuführen.

Frau Rehberg antwortet, dass eine Datenerhebung zur Ist-Analyse durchgeführt werde.

Frau Balajou dankt für das vorgelegte Diversity-Konzept. Sie fragt, warum der Integrationsrat nicht beteiligt wurde. Sie befürchtet, dass Diversity-Maßnahmen aus dem Integrationsbudget finanziert werden könnten.

Frau Hollmann fragt nach konkreten Kennzahlen, die in dem vorliegenden Diversity-Konzept fehlen würden.

Herr Ladenberger fragt, ob die im Arbeitskreis Diversity vertretenden Ämter auf freiwilliger Basis daran teilnehmen würden oder ob geplant sei, dass zukünftig alle Ämter an dem Arbeitskreis teilnehmen.

Frau Rehberg antwortet, dass am Diversity-AK ca. 20 Ämter beteiligt seien. Sie gehe davon aus, dass sich auch weitere Ämter in Zukunft ebenfalls an diesem AK beteiligen. Das Beteiligungsverfahren sollte zunächst ohne Beteiligung des Integrationsrates erfolgen. Nun aber gehe das Konzept zur Beratung in die entsprechenden Gremien und damit auch in den Integrationsrat. Das Integrationsbudget werde für die Diversity-Maßnahmen nicht in Anspruch genommen.

Frau Lerchner dankt für das Konzept.

Frau Heuser teilt mit, dass der Integrationsrat an dem Diversity-Konzept beteiligt war.

Herr Klausing fragt, ob das Diversity-Konzept eine Bündelung von Einzelmaßnahmen sei, oder eine kulturelle Frage von Vielfalt, Toleranz und Wertschätzung.

Frau Rehberg antwortet, dass es ein kulturelles Haltungsthema sei, dass alle Menschen ansprechen soll.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für bisher geleistete Arbeit.

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Vorlage in der Tagesordnungsdebatte ohne Votum zur weiteren Beratung in die Beratungsfolge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.4 Wohnungsbauoffensive 2698/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold reicht folgende Fragen im Namen seiner Fraktion schriftlich mit der Bitte um zeitnahe Beantwortung durch die Verwaltung ein.

In der Vorlage der Verwaltung ist von einem Schlüssel

- 40% Wohnungen für Flüchtlinge
- 40% geförderter Wohnungsbau
- 20% freifinanzierte Wohnungen

zur gemischten Realisierung von Wohnungen im Rahmen der so bezeichneten Wohnbauoffensive die Rede.

Hierbei stellen sich für die SPD-Fraktion folgende Fragen:

- Gilt dieser Schlüssel uneingeschränkt für jede einzelne der 17 Flächen?
- Soll dieser Schlüssel jeweils innerhalb einzelner Gebäude erfüllt werden?
- Wie stellt sich dies in der Umsetzung bei kleineren Gebäuden mit 15 Wohneinheiten konkret dar?
- Falls nein:
- Auf welchen der 17 Flächen sollen Wohnungen für Flüchtlinge entstehen? Bitte Angabe jeweils mit Anzahl der Wohneinheiten.

- Wo ist sozialer Wohnungsbau vorgesehen? Bitte Aufgliederung nach Flächen.
- Wo ist freifinanzierter Wohnbau vorgesehen? Bitte Aufgliederung nach Flächen.
- Welchen Realisierungshorizont sieht die Verwaltung vor?
- In der aktuellen Vorlage wird ein Potential von 850 Wohneinheiten (WE) beschrieben. Die Verwaltung spricht davon, dass weitere Flächen von Wohnungsbau in Frage kommen. Kann die Verwaltung bereits die WE-Potentiale beziffern jedenfalls schätzen? Immerhin besteht laut den aktuellen Prognosen ein Bedarf von ca. 66.000 WE bis 2029.

Bitte teilen Sie möglichst kurzfristig die Antworten der Verwaltung auch allen anderen Gremien in der Beratungsfolge mit.

Frau Gärtner fragt, ob die Aufteilung der Grundstücke mit der Maßgabe Projekt bezogen vermarktet werden, dass im Ergebnis

- ca. 40% der Wohnungen öffentlich gefördert sind,
- ca. 40% der Unterbringung von Flüchtlingen dienen und
- die verbleibenden ca. 20% der Wohneinheiten dem frei finanzierten Wohnungsbau zugehören.

Oder sollte die sich o.g. Aufteilung auf das Gesamtprogramm beziehen. Wenn sich diese Aufteilung auf das Gesamtprogramm beziehen sollte, bittet sie darum, dass die politischen Gremien weiter mit einbezogen werden.

Herr Corneth begrüßt die vorliegende Wohnungsbauinitiative. Er ist der Ansicht, dass es in Köln genügend Flächen für neuen Wohnraum gebe. Er bittet darum, dass die ausgeschriebenen Personalstellen auch zügig besetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass alle Fragen zeitnah schriftlich beantwortet und dem Ausschuss und den nachfolgenden Gremien zu Kenntnis gebracht werden.

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.5 Errichtung von Systembauten in Schnellbauweise zur Flüchtlingsunterbringung: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln; hier: Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler) 2352/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung des im Rahmen der Errichtung von Flüchtlingsun-

terkünften in Systembauweise mit einer vorgesehenen Nutzung von fünf Jahren erbauten Objektes Auweilerstr. 51, 50765 Köln (Esch/Auweiler), in Höhe von insgesamt 2.250.000 € zur Kenntnis.

Für den Mehrbedarf an investiven Auszahlungsermächtigungen wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 09, Auszahlung und Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5168, Systembau Auweilerstr., investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.400.000 € veranschlagt.

Die Deckung des verbleibenden Mehrbedarfs an investiven Auszahlungsermächtigungen i.H.v. 850.000 € wird im Rahmen einer Sollumbuchung innerhalb des gleichen Teilfinanzplanes bereitgestellt. Die Mittel werden von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, zur Finanzstelle 5620-1004-6-5168, Systembau Auweilerstr., umgeschichtet.

Für den konsumtiven Mehrbedarf durch Erhöhung der Abschreibung i.H.v. 112.500 € sind im Haushaltsplanentwurf 2016/2017 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, Mittel in entsprechender Höhe eingeplant.

Die Vorgaben des § 82 GO NRW wurden berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.6 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge 2395/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Rahmen der Gefahrenabwehr die Sanierung bzw. den Umbau, sowie die in diesem Zusammenhang beauftragten Planungs- und Bauleistungen, des Objektes am Standort Blaubach 9, 50676 Köln, zur Unterbringung von Flüchtlingen.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 4.327.828,29 € wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltsplan zum Doppelhaushalt 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016, Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-1-5171, Sanierung Blaubach 9, investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.200.000,00 € veranschlagt.

Für die Deckung der restlichen Mittel stehen für das Haushaltsjahr 2016 im gleichen Teilfinanzplan bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 3.127.828,29 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5171, Sanierung Blaubach 9, bereitgestellt.

Zur Finanzierung der investiven Auszahlungen zum Erwerb der Ausstattung wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-1004-0-0001 Beschaffung bewegliches Anlagevermögen, Mittel in Höhe von 63.549,57 € veranschlagt.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen wurden im vom Rat am 30.06.2016 verabschiedeten Haushaltplan 2016/2017 im Haushaltsjahr 2016 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Mittel in Höhe von 2.000,00 € eingeplant. Für das Haushaltsjahr 2017 wurden im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in den Teilplanzeilen

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von	217.016,48 €
14 – Bilanzielle Abschreibungen	57.275,33 €
16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von	31.949,09 €

insgesamt 306.240,90 € veranschlagt.

Die jährlichen Folgeaufwendungen müssen im Haushaltsplan 2018 berücksichtigt werden (siehe Kostenübersicht).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.7 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen - für eine Ausweitung der Fachberatung im Bereich sexualisierte Gewalt; Haushaltsjahr 2017 2711/2016

Frau Hoyer fragt, ob keine neuen Träger in die Beratung für vergewaltigte Frauen zum Zuge kommen könnten.

Herr Santelmann antwortet, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde.

Frau Heuser fragt, ob die Finanzierung zu Lasten Dritter vollzogen werde.

Herr Santelmann antwortet, dass es sich nicht um Transferleistungen handeln würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017, für die Fachberatung von Opfern sexualisierter Gewalt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 13.619 € im Jahr 2017.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2017 durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.8 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss 3114/2016

Herr Detjen weist auf die Wichtigkeit der Beschlussvorlage und auf die Qualitätssteigerung hin. Er fragt, ob es möglich wäre, dass drei Projekte mit Systembauweise realisiert werden könnten. Er bittet darum, dass die mobilen Wohneinheiten (Container) gut gepflegt werden, um sie länger zu benutzen.

Herr Ludwig antwortet, dass die mobilen Wohneinheiten schnell realisiert werden können. Bei den Systembauten dauert die Zeit bis zur Nutzung deutlich länger. Um die Menschen schnell aus den Turnhallen in richtige Unterkünfte zu bringen, sei diese Zeitersparnis wichtig. Die mobilen Wohneinheiten (Container) sollen gut gepflegt werden. Man sei bemüht, die bestmögliche Qualität für mobile Wohneinheiten zu realisieren. Er hoffe, dass die Verwaltung zertifizierte Angebote erhalte.

Frau Heuser bittet Herrn Ludwig Holzhäuser zur Unterbringung von Flüchtlingen verstärkt heranzuziehen.

Herr Dr. Schulz ist froh, dass immer mehr andere Unterkünfte geschaffen werden, damit die Menschen aus den Turnhallen herauskommen. Er fragt, wie realistisch die Zielangabe zum 01.06.2017 für die Belegung zu verwirklichen sei.

Herr Ludwig antwortet, dass sich die Verwaltung ambitionierte Ziele setze. Wenn der Rat am 17.11.2016 diese Vorlage beschließe, werde die Ausschreibung unverzüglich vorgenommen. Er gehe davon aus, wenn alles nach Plan verlaufe, dass der Termin 01.06.2017 eingehalten werden könne. Bei den Systembauten erfolge eine konstruktive Abstimmung mit dem Vergabeamt. Es werden von zwei verschiedenen Anbietern Angebote eingeholt. Es werden auch Angebote für Holzbauten eingeholt. Dazu könne er jedoch noch keine Aussage treffen. In allen Fällen wolle er eine vernünftige und gute Vergabe hinbekommen.

Herr Dr. Rau teilt dem Ausschuss mit, dass die Nachfrage für Unterbringungsplätze wieder steige. Zusätzlich werde es auch vermehrt Familiennachzüge geben. Daher sei der Zeitfaktor sehr wichtig und die Turnhallen sollen geräumt werden. Er sagt zu, dass für die Unterbringung von Menschen eine hohe Qualität angestrebt werde.

Frau Hoyer lobt die Verwaltung für diese Vorlage. Sie mache dies an drei Punkten fest.

1. Wirtschaftlichkeit:
2. Schnelligkeit:
3. Größe:

Diese Punkte werden bedacht und sind in der Planung und Umsetzung gut berücksichtigt.

Sie fragt, warum bei den Systembauten die Nutzungsdauer von fünf Jahren auf zwanzig Jahren gestiegen sei.

Herr Ludwig antwortet, dass die Nutzungsdauer für Systembauten erster Art mit fünf Jahren angegeben wurde, weil die Bauaufsicht dies so genehmigt hätte. Aus Erfahrung habe sich gezeigt, dass die Lebensdauer wesentlich länger sei. In dieser Vorlage

sei beschrieben, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass Systembauten wesentlich länger halten. In dieser Frage sind die Bauaufsicht und das Wohnungsamt eng beieinander und abgestimmt.

Frau Gärtner bittet darum, dass die Verwaltung bis zur Ratssitzung zusammenstellen solle, was aus den einzelnen Bezirken für Anmerkungen vorgetragen wurden und warum einzelne Standorte herausgenommen wurden. Sie fragt nach einem Kostenvergleich zwischen den drei Unterbringungsmöglichkeiten, mobile Wohneinheiten (Container), Systembauten und Leichtbauhallen.

Frau Schultes regt an, dass die Verwaltung die Ausschreibungen jetzt bereits vorbereiten solle. Sie fragt, ob der aktuelle Stand der Budgetplanung immer noch der 21.01.2016 sei.

Herr Ludwig antwortet, dass er dies prüfen werde und die Antwort schriftlich in die Beratungsfolge geben werde.

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Vorlage in der Tagesordnungsdebatte ohne Votum zur weiteren Beratung in die Beratungsfolge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.9 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2016 3283/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat.

Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2016 zur Förderung von Interkulturellen Zentren in Höhe von 440.000 € gemäß Anlage 2.

Die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen anteilig für diesen Zweck veranschlagte Aufwandsermächtigung in Höhe von 446.000 € setzt sich zusammen aus

- 396.000 € laufenden Mitteln aus der Förderung der Interkulturellen Zentren zuzüglich
- 50.000 € aus dem „Integrationsbudget“.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der Restmittel in Höhe von 6.000 € - auf der Grundlage einer vertieften Prüfung vorliegender Förderanträge - für die nächsten Sitzungen des Integrationsrates und des Ausschusses Soziales und Senioren neu anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, zur Förderung oder Anschubfinanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.1.1 Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Köln, Bericht „Wohnen in Köln“ von Oktober 2016 AN/1682/2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

7.2 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2015, Ausblick 2016 3384/2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

7.3 Sanierungs- und Umbauprogramm für die städtischen Sozialhäuser 3096/2016

Herr Dr. Schulz er fragt, ob genügend städtische Grundstücke vorhanden seien, um eine Wohnungsbauoffensive zu starten, an wie die Grundstücke vermarktet würden und ob dann städtischen Wohnungsbaugesellschaften in diesen Prozess einbezogen werden.

Herr Ludwig antwortet, dass die Verwaltung genau dieses im Sinn habe. Das Liegenschaftsamt betreibe diese Wohnungsbauoffensive federführend. Es werden noch in diesem Jahr Grundstücke an das Liegenschaftsamt genannt, die dann an stadtnahe Wohnungsbaugesellschaften oder Investoren vermarktet werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, warum die Grundstücke ganz aufgegeben oder mit Auflagen verkauft werden.

Herr Ludwig antwortet, dass er die Antwort schriftlich geben werde. Er teilt jedoch mit, dass nichts verkauft werde, was nachher wieder Wohnungszwecken zur Verfügung stehe.

Frau Hollmann fragt, ob ehemalige Bewohner nach einer Sanierung der Sozialhäuser auch wieder in diese Häuser einziehen können. Sie fragt, ob es ein Konzept für Wohnungslose gebe, die nach einer Sanierung nicht wieder in diese Sozialhäuser einziehen.

Herr Ludwig antwortet, dass es einen solchen Personenkreis gebe. Dieser Personenkreis werde dann häufig in bestehenden alten Sozialhäusern untergebracht.

Frau Eggeling weist darauf hin, dass es sich um über 4.500 Menschen in Köln handeln würde, die als wohnungslos gelten. Sie empfinde, dass für diesen Personenkreis ein großer Handlungsbedarf bestehe.

Herr Ludwig teilt die Auffassung von Frau Eggeling.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.4 Pegel Köln 3/2016
Wohnungsbau in Köln 2015
Neuer Höchststand im Neubau - Noch nie so viele Eigentumswohnungen
3162/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der Tagesordnungsdebatte in die nächste Sitzung verschoben.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

**8.1.1 Anrechnung des Einkommens im ALG II-Bezug, TOP 8.1.1 auf der ASS
Sitzung vom 01.09.2016
AN/0967/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt diesen Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

**8.1.1.1 Schriftliche Anfrage AN/0967/2016 der Fraktion der Partei DIE LINKE
vom 31.05.2016 zum Thema Anrechnung von Einkommen aus der Sit-
zung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 06.09.2016**

**Beantwortung der schriftlichen Anfrage zu TOP 8.1.1 der Fraktion der
Partei DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Se-
nioren vom 06.09.2016
3142/2016**

Herr Detjen teilt mit, dass mit der Software Allegro der Leistungsbezug immer auf 30 Tage berechnet werde. Es gebe jedoch auch Monate mit 31 Tagen. Daher bekämen einige Bezieher/innen zu wenig Geld. Dieses Problem löse das Jobcenter nicht. Das Jobcenter versuche das Problem so zu umgehen, dass nur Personen, die sich über diesen Missstand beklagen ein Handgeld von 20,- Euro ausgezahlt bekämen. Damit habe das Jobcenter ein Gerechtigkeitsproblem, weil die Software nicht richtig arbeite. Dies sei zwar ein bundesweites Problem, solle jedoch möglichst behoben werden.

Herr Wagner antwortet, dass diese Software korrekt nach dem Paragraphen 41 des SGB II agiere. Diese Software arbeite also gesetzeskonform. Es sei aber richtig, dass es in bestimmten Fällen zu eine Bevorteilung oder Benachteiligung kommen kann. Er werde diese Problematik in die entsprechenden Gremien hineingeben.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**8.1.2 Gewährung der Mietkaution als Darlehen im ALG II-Bezug, TOP 7.1.3 auf
der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1359/2016**

8.1.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN 1359/2016 3133/2016

Herr Detjen hält es für nicht richtig, dass die Stadt ein Kautionsdarlehen gewähre und der Mieter dann monatlich dieses Darlehen per Raten zurückführen müsse. Hier entstünde im Prinzip eine Vermögensbildung auf Seiten der SGB II-Bezieher, die seiner Meinung nach nicht korrekt im Sinne der Hartz IV Gesetze sei. Er fragt, ob dies nicht unmittelbar zwischen Stadt Köln resp. Jobcenter und den Vermietern abgewickelt werden könne. Er fragt daher, ob generell die Kautionsdarlehen im Hartz IV Bezug durch die Stadt getragen werden könne. Er schlägt vor, dass es ein direktes Vertragsverhältnis der Stadt zum Vermieter geben solle. Dies hätte den Vorteil eines einheitlichen Verwaltungshandelns. Es solle einheitlich geregelt werden, dass die Stadt die Kautionsdarlehen vorstrecke und nicht als Darlehen gegenüber dem SGB II-Empfänger gewähre, der dies dann monatlich zurückführen müsse. Er fragt, ob die Verwaltung gewillt sei, zu einem einheitlichen Verfahren zu kommen.

Herr Wagner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Eggeling unterstützt die Aussage und Frage von Herrn Detjen. Die betroffenen Menschen müssen jeden Monat von ihrem Geld etwas für das Kautionsdarlehen zurückbezahlen. Oft gebe es jedoch Schwierigkeiten mit dem Vermieter das Geld zurückzuerhalten. Sie fragt, wie die Priorität geregelt würde, wenn eine Person mehrere Darlehen zurückzahlen müsse.

Herr Wagner antwortet, dass nicht mehrere Darlehen gleichzeitig getilgt werden können. Inwieweit eine rechtliche Einstufung erfolge, welches Darlehen Vorrang habe, könne er jetzt nicht beantworten. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er stellt jedoch fest, dass in Abstimmung mit der Stadt Köln eine Darlehenstilgung immer sehr genau unter der wirtschaftlichen Situation des Betroffenen gesehen werde.

Herr Klausning ergänzt, dass das Jobcenter in solchen beschriebenen Situationen nicht technokratisch handeln würde.

Frau Eggeling stellt fest, dass aufgrund der Festlegung des Regelsatzes jeder Euro, der zusätzlich anderweitig ausgegeben werden müsse für die Betroffenen eine Einschränkung darstelle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

8.1.3 Angemessenheit der Unterkunft im SGB II und neuere Rechtsprechung 3178/2016

Herr Scheffer bedauert, dass es keine deutlichere Anpassung gegeben habe. Er fragt, ob es bei den Heizkosten ebenfalls eine Anpassung gebe.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Detjen bittet darum, dass der Ausschuss Soziales und Senioren den weiteren Fortgang hinsichtlich der Angemessenheit der Unterkunft im SGB II weiter diskutieren möge. Er hätte es begrüßt, wenn auf die Anpassung weitere 10% aufgeschlagen worden wären. Er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass das Jobcenter sehr verantwortlich und sehr fair mit dieser Situation und den Kunden umgehe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 3215/2016

Frau Hollmann fragt, ob das Jobcenter eine abschließende Auswertung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jahres 2016 durchführen werde und wo diese Auswertung dann vorgestellt werde. Der Maßnahmenüberblick für das Jahr 2017 fehle in dem vorliegenden Bericht. Wann könne der Ausschuss damit rechnen den Maßnahmenüberblick vorgelegt zu bekommen.

Sie lobt die Aussagen in dem Bericht zu dem IntegrationPoint.. Sie fragt, ob auch nicht anerkannte Flüchtlinge Plätze in den Sprachkursen belegen können.

Frau Hoyer lobt den vorliegenden Bericht. Sie bittet darum, dass dem Ausschuss nächstes Jahr ein Erfahrungsbericht über die gesamten Maßnahmen vorgelegt werde. Sie äußert sich positiv über die Umsetzung der kommunal flankierenden Maßnahmen.

Frau Heuser fragt, welche Ergebnisse das Jobspeeddating erziele und welcher Art die erzielten Beschäftigungsverhältnisse seien.

Herr Dr. Schulz bittet um konkrete Ergebniszahlen jeder einzelnen durchgeführten Maßnahme.

Herr Krücker lobt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm. Er vermisse aber auch die Maßnahmenübersicht. Er fragt, wie hoch die Quote für Flüchtlinge, bei der Auslastung der **KompAS**-Maßnahme sei und wie das Jobcenter diese Auslastung erhöhen wolle.

Herr Wagner antwortet, dass das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 gut aufgestellt sei. Die konkreten Ergebnisse des laufenden Jahres seien zum Teil in dem vorgelegten Monatsberichten (Ergebnismonitoring des Jobcenters) aufgelistet. Ein weiterer Teil werde jeweils im Beirat des Jobcenters dargestellt. Er sagt für die weiteren Berichte zu, dass die Ergebnisse klarer, transparenter und anschaulicher dargestellt werden. Da die Maßnahmenplanung noch nicht abgeschlossen sei, könne er sie bisher noch nicht vorlegen. Er werde dies aber nachholen. Der aktuelle Stand bei der KompAS-Maßnahme sei vollkommen unbefriedigend. Nur 17% der eingekauften Plätze seien belegt. Mit der Agentur für Arbeit sei er in Gesprächen, ob diese eine Anzahl der eingekauften Plätze für Menschen mit Fluchthintergrund deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sei, übernehmen könne. Teilweise fehle noch die Zustimmung des BAMF. Die Ergebnisse des Jobspeeddating werde er dem Ausschuss selbstverständlich vorlegen.

Herr Klausing fragt, wie hoch die Alphabetisierungsquote in Köln unter den Menschen mit Fluchterfahrung sei. Wie bewerte das Jobcenter den Zusammenhang zwischen Alphabetisierungsquote und der Integration in den Arbeitsmarkt.

Herr Wagner antwortet, dass er zu dieser Frage noch keine konkreten Zahlen nennen könne. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt bei mangelnden Sprachkenntnissen seien natürlich sehr gering. Es werde keine schnelle Integration geben. Trotzdem sei die Integration in Köln doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Beantwortung einer mündliche Nachfrage von Frau Hollmann zum Thema Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.09.2016 (TOP 8.2) 3134/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9.1.2 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften, TOP 9.1.5 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016 AN/1383/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.1.2.1 Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften 2938/2016

Frau Heuser fragt, wie die Mitarbeiter/innen und deren Qualifikation kontrolliert werden und wie was „Stichproben artig“ genau heiße.

Herr Ludwig sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wie ein Mitarbeiter/in, welcher der deutschen Sprache nicht mächtig sei, Brandschutzhelfer/in sein könne. Diese Person müsse ja die Feuerwehr alarmieren und eine Entfluchtung organisieren. Ohne deutsche Sprachkenntnisse halte er dies für schwierig.

Herr Ludwig sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.1.3 Anfrage zur Unterbringung von Geflüchteten in Leichtbauhallen – AN/1338/2016 3184/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist daraufhin, dass die Anfrage im Integrationsrat gestellt wurde. Er stellt fest und äußert sich positiv, dass die Verwaltung sich stärker den Systembauten zuwenden würde. Dies käme den betroffenen Menschen sehr zu gute.

Frau Hoyer bittet darum, dass die Auflistung der jährlichen Kosten der Unterbringung in den Bericht aufgenommen werde.

Herr Ludwig sagt eine Prüfung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

9.1.4 Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge AN/1686/2016

Herr Jachtner fragt, wie viele Menschen nach dem Integrationsgesetz anderen Bundesländern wieder zugeführt werden. Er bittet darum, dass die Frage mit den anderen Fragen beantwortet werde.

9.2 10. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 3455/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den vorliegenden Bericht. Er begrüßt, dass die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Veedel dargestellt wurde.

Herr Ludwig erläutert denn Bericht. Der Bericht sei auf drei Kernpunkte aufgeteilt.

1. Unterbringung von Flüchtlingen
2. Asyl- und Ausländerrecht
3. Finanzen

Dies wurde deshalb so umgesetzt, damit die aktuellen Informationen in strukturierter und gekürzter Form für die Mitglieder des Ausschusses zur Verfügung stehen. Zweimal im Jahr gebe es einen umfassenden Bericht.

13.439 Personen seien momentan in Kölner Flüchtlingseinrichtungen unterbracht. Die Zahl der geflüchteten Personen ging damit in den letzten zwei Monaten ganz leicht zurück. Zurzeit werden Köln wöchentlich zwischen 60 und 80 Personen von der Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen. Nach NRW werden wöchentlich zwischen 1.200 und 1.600 Personen zugewiesen. Die Aufnahmequote sei im Augenblick übererfüllt.

In nächster Zeit werden immer mehr Turnhallen geräumt, wieder hergerichtet und stehen dann der Schule und dem Sport wieder zur Verfügung.

Die Verteilungsdichte der Menschen auf die Veedel verändere sich von Woche zu Woche.

Die vorhandenen Leichtbauhallen werden nachgerüstet, so dass für die Menschen, die dort untergebracht seien, dauerhaft eine Verbesserung entstehe.

Frau Hollmann fragt, nach dem Sachstand für die besonders schutzbedürftigen Personen. Komme der neue Flüchtlingskoordinator, Herr Oster, regelmäßig in den Sozialausschuss, um Bericht zu erstatten?

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt in Absprache mit Herr Oster fest, dass dieser regelmäßig im ASS berichten werde.

Frau Heuser fragt, ob eine Unterbringung für LGBT Flüchtlinge gefunden wurde und wodurch die hohe Fluktuation begründet sei. Wie sollen die Menschen gefördert werden, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen (Asylpaket II)?

Frau Hoyer fragt, wie viele unerlaubt eingereiste Personen an die Bezirksregierung in Arnsberg gemeldet wurden.

Herr Jachtner fragt, ob es eine Prioritätenliste zu dem Standort in der Boltensterstr. 2-4 (Katastrophenschutzhaus) gebe.

Frau Brauckmann fragt, ob und wann die geflüchteten LGBT Personen einen entsprechenden Schutz erhalten.

Frau Heuser fragt, ob sich an dem hohen Defizit etwas ändern könnte, wenn im Jahr 2017 Pauschalen vom Bund bezahlt werden.

Herr Klausing fragt, was von städtischer Seite noch getan werden muss, um eine gute Reintegration in den Heimatländern zu gewährleisten.

Herr Ludwig antwortet, dass das Konzept für besonders Schutzbedürftige in Vorbereitung sei. Für LGBT Flüchtlinge seien ebenfalls entsprechende Maßnahmen in Vorbereitung.

Gründe für die Fluktuation seien: Flüchtlinge finden eigenen Wohnraum, gehen freiwillig zurück in ihre Heimat oder reisen weiter. Die Gründe seien vielfältig und die Fluktuation sei zurzeit größer als die wöchentliche Zuweisung.

Die Frage zum Asylpaket II und wie viele unerlaubt Eingereiste nach Arnsberg gemeldet wurden, werde er schriftlich mit der Ausländerbehörde beantworten.

Das Objekt in der Boltensternstr. 2-4 sei bis zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft als Katastrophenschutzhaus genutzt worden. Dieses Objekt werde nach Freiräumung wieder in eine Priorisierung für Katastrophenschutz aufgenommen.

Durch die Pauschalen die ab 2017 gezahlt werden, werde sich an dem Defizit voraussichtlich nichts ändern.

Herr Dr. Schulz fragt, nach dem Sachstand zum Bonhotel.

Herr Ludwig antwortet, dass die Liegenschaft im April 2017 bezugsfertig sei.

Herr Pohl fragt, wie der Sachstand bei dem nicht aufgeführten Standort in der Pauline-Christmannstr. sei.

Herr Ludwig antwortet, dass die Fertigstellung nicht bis März 2017 gewährleistet sei. Der private Investor, der den Standort in der Pauline-Christmannstr. in Holzbauweise betreiben möchte, werde nicht vor dem dritten Quartal 2017 fertig. Daher sei dieser Standort nicht in der Liste aufgeführt.

Frau Brauckmann fragt, wie die Prozesse zum Schutz und zur Unterbringung von LGBT Flüchtlingen beschleunigt werden können, vor allem da bereits fünf Wohnungen zu diesem Zweck angemietet wurden.

Herr Ludwig antwortet, dass die fünf Wohnungen so schnell wie möglich bezugsfertig gemacht werden. Er werde kleine Wohnungseinheiten für diese Personengruppe freihalten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.3 Verlängerung der Nutzungsdauer für die Standorte Langenbergstraße, Hackhauser Weg und Ottostraße 3345/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG, TOP 10.1 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016 hier: Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 und Urteilsbegründung des OLG Schleswig 1670/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

**10.2 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG, TOP 10.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
hier: Stellungnahme der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme der KVB AG vom 06.04.2016 - 1670/2016
1715/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

**10.3 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Beschlussvorschlag geeinigt hätten.

Frau Heuser trägt den Beschlussvorschlag vor.

„Die Verwaltung wird beauftragt, die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, nach rechtlicher Prüfung, in das Handlungskonzept – „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ aufzunehmen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren ist über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.“

Frau Lerchner fragt, was eine hohe Zahl (Quantifizierung) von Beurlaubung von Kindern mit einer Behinderung und komplexem Hilfebedarf sei.

Herr Dr. Bell sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt der Stadt AG Behindertenpolitik für die geleistete Arbeit und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die ergänzenden Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, nach rechtlicher Prüfung, in das Handlungskonzept – „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ aufzunehmen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren ist über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**10.4 Bericht des Behindertenbeauftragten 05/2016
3362/2016**

Herr Dr. Bell teilt den aktuellen Sachstand zur Freiluga mit. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie habe mitgeteilt, dass zurzeit geprüft werde, wie die optimale Barrierefreiheit des Gebäudes hergestellt werden kann bzw. wie der barrierefreie Fluchtweg optimiert werden kann. Eine Lösung des Problems sei bis zum Ende dieses Jahres zu erwarten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass der Ausschuss über die Umsetzung unterrichtet werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung, TOP 11.1.5 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1290/2016**

**11.1.1.1 Fortschreibung des 2012 vorgestellten Monitoring Stadtentwicklung
Beantwortung der Anfrage AN/1290/2016 der Fraktion Die Linke vom
29.07.2016
2888/2016**

Herr Scheffer bedauert die untergeordnete Behandlung dieses Themas. Die Zeitdauer von sechs Jahren bis zu dem Zeitpunkt wo etwas passiert sei eigentlich nicht hinnehmbar.

Herr Asselborn antwortet, dass er die Kritik gut verstehen könne. Es sei jedoch nicht einfach, so eine komplexe Materie und Methodik mit eigenen Kräften zu bearbeiten. Mitte nächsten Jahres werden die vier Handlungsfelder dargestellt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.2 Gründung einer Metropolregion, TOP 11.2.3 auf der ASS Sitzung vom
01.09.2016
Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus
der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 14.04.2016 - AN/0660/2016
2877/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.3 Abschiebungen in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert? TOP 11.1.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/0653/2016**

**11.1.3.1 Beantwortung einer Anfrag der Gruppe Piraten betreffend "Abschiebung in Köln: Was hat sich durch die neue Gesetzgebung geändert"
1448/2016**

Herr Hegenbarth dankt für die ausführliche Beantwortung der Verwaltung. Er fragt, zu dem

§ 25 b Aufenthaltsgesetz, warum so wenig Menschen das Bleiberecht in Anspruch nehmen. Er bittet um eine kurze Erläuterung des Erlasses vom 21.06.2016 des Innenministeriums NRW, welcher die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien betreffe.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.4 Fließen Expertisen der Kölner Hochschulen in die Planungen zur Kölner Flüchtlingsaufnahme und zur Bekämpfung der Wohnungsnot ein? TOP 11.2.2 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016
AN/1357/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung verschoben.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**11.2.1 Barrierefreie Kunst und Kultur in Köln
Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 19.04.2016
3343/2016**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**11.2.2 Beratungsangebot „Präventive Hausbesuche“ stärken!
AN/1663/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung verschoben.

11.3 Mündliche Anfragen

Herr Jachtner hat eine mündliche Anfrage unter TOP 9.1.4 gestellt.

12 Mitteilungen

12.1 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas, Schulen und Lehrer*innenbildung Köln", TOP 12.8 auf der ASS Sitzung vom 01.09.2016 2769/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold bedankt sich für die gute Broschüre.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.2 Pegel 2/2016 Das Wachstum hält an - Neue Höchststände durch Zuwanderung 2846/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.3 10. Kölner Marktplatz für gesellschaftliches Engagement 3060/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass dies ein sehr spannendes Projekt sei und er hoffe, dass dieses Projekt auch weiterhin so erfolgreich sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Aktionsplan LSBTI 3350/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.5 Sachstandsmitteilung zu den Projekten des Europäischen Sozialfonds „Weiterentwicklung Willkommen in Köln,, und „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 2017 3141/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

12.6 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2015 3051/2016

Frau Hoyer fragt, welche Daten von der Polizeibehörde nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Heuser fragt, warum die Klienten die Angebote nicht wahrnehmen würden.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.7 Angebote der Winterhilfe in 2016/2017 für wohnungslose Menschen 3397/2016

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt all den Menschen aus Verwaltung und den Sozialverbänden, die sich mit hohem Engagement und zum Teil in ihrer Freizeit für Menschen in Obdachlosigkeit einsetzen.

Frau Eggeling erläutert, dass es bis zu 104 Menschen pro Nacht gebe, die ein Obdach benötigen. Sie fragt, da das neue Haus nur für 70 Personen zur Verfügung stehe, wo die restlichen Personen untergebracht werden könnten.

Herr Santelmann dankt dem SKM und dem Generalvikariat für die Zuverfügungstellung einer Immobilie und für die Betreuung des Objektes und die geleistete Unterstützung. Er antwortet, dass die Möglichkeit bestehe, auch mehr als 70 Personen in dem Objekt unterzubringen, sollte sich dies als notwendig herausstellen. Momentan finde eine Absprache mit der Bauaufsicht statt, dass bis zu 100 Personen untergebracht werden können.

Frau Eggeling fragt, ob sich die sanitären Zustände verbessert hätten.

Herr Schumacher antwortet, dass genügend Toiletten, jedoch keine Duschen vor Ort vorhanden seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung mit Dank zur Kenntnis.

12.8 Beabsichtigte Übertragung von Aufgaben nach dem Bildungs- und Teilhabepaket vom Jobcenter auf das Amt für Soziales und Senioren 3388/2016

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob im nicht-öffentlichen Teil eine Anfrage gestellt werde. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall ist. Er dankt persönlich, aber auch im Namen aller Ausschussmitglieder Herrn Dr. Becker für seine engagierte und stets gute Arbeit und wünscht ihm – ebenfalls im Namen aller Ausschussmitglieder – für seine neue Aufgabe alles Gute. Persönlich bedankt er sich noch einmal explizit für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.